



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

Pressemitteilung 15

Freigabe: 13.02.2025, 10.00 Uhr
Kontakt: Dr. Anja Behrendt
Mönkedamm 9
20457 Hamburg
Telefon: (040) 340576-665
Email: behrendt@hwwi.org

Bundestagswahl 2025: Finanzpolitische Konsequenzen angebotsseitiger Politikmaßnahmen

Die wirtschaftspolitischen Pläne der Parteien könnten zusammengenommen die Staatsverschuldung kurzfristig drastisch erhöhen.

Hamburg, – 13. Februar 2025 –

Die kommende Bundestagswahl findet mitten in einer der gravierendsten Krisen der deutschen Wirtschaft seit Jahrzehnten statt. Die politischen Parteien haben die wirtschaftliche Lage erkannt und versprechen für die Zeit nach der Bundestagswahl, entsprechende Akzente in der Wirtschaftspolitik zu setzen. Interessanterweise halten sie sich jedoch mit Blick auf ihre Wahlprogramme bei der Beantwortung der Frage, wie entlastende Politikmaßnahmen finanziert werden sollen, mit konkreten Aussagen weitestgehend bedeckt. Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) geht dieser Frage im vorliegenden Standpunkt auf den Grund, um zu der Diskussion über eine mögliche Reform der Schuldenbremse beizutragen.

Untersucht werden die kurzfristigen Auswirkungen vornehmlich angebotsseitiger Politikmaßnahmen auf makroökonomische Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt, die Beschäftigung und die Inflationsrate sowie den Finanzierungssaldo des Staates.

Es wird aufgezeigt, dass eine Kombination aus einer Unternehmenssteuersenkung, einer Anhebung des Mindestlohns, einer Verringerung der Stromsteuer und einer Deckelung des Netzentgelts für Strom zwar zu einem starken konjunkturellen Aufschwung, aber auch zu einem Anstieg im Finanzierungsdefizit um circa 130% bzw. 365 Milliarden Euro führen könnte. Besser geeignet wäre eine Kombination von Stromsteuersenkung und Netzentgeltdeckelung, welche nur eine moderat positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung implizieren würde, jedoch einen Rückgang um 2% bzw. 5,71 Milliarden Euro im Finanzierungsdefizit erzielen könnte. Das Risiko gravierender Finanzierungsdefizite muss bei der Planung der anstehenden Wirtschaftspolitik dringend beachtet werden.

Indikator	Politikmaßnahme					
	Kombination aller Maßnahmen	Senkung der Unternehmenssteuer	Anhebung des Mindestlohns	Verringerung der Stromsteuer	Deckelung des Netzentgelts	Kombination von Stromsteuer und Netzentgelt
BIP	+3,78%	+3,91%	-0,73%	+0,10%	+0,50%	+0,59%
Beschäftigung	+6,07%	+6,88%	-1,57%	+0,14%	+0,71%	+0,85%
Inflationsrate	+6,18%	+4,70%	+1,50%	-0,04%	-0,22%	-0,26%
Privater Konsum	+8,44%	+6,69%	+0,85%	+0,14%	+0,70%	+0,83%
Investitionsgüternachfrage	+15,40%	+14,35%	-1,03%	+0,31%	+1,61%	+1,94%
Außenbeitrag	-9,23%	-6,50%	-1,90%	-0,10%	-0,53%	-0,63%
Finanzierungssaldo (absolut in Mrd. Euro)	+129,48% (+365,42)	+124,30% (+350,78)	+5,57% (+15,71)	+1,54% (+4,33)	-3,65% (-10,30)	-2,02% (-5,71)

Anmerkungen: Die prozentualen Änderungen beziehen sich auf einen Zeitraum von einem Jahr. Angaben zum Finanzierungssaldo in Klammern beziehen sich auf die absolute Änderung innerhalb eines Jahres ausgedrückt in Milliarden Euro.

Die ausführliche Darstellung kann über den folgenden Link heruntergeladen werden.

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) ist ein unabhängiges, privatwirtschaftlich finanziertes wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut. Das HWWI wird getragen von der Handelskammer Hamburg. Universitärer wissenschaftlicher Partner des HWWI ist die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.

#